Plattform
Medienvielfalt
Round Tables 2025

Reflexionen und Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik in Österreich

Ergebnisbericht der Initiative Plattform Medienvielfalt
der Österreichischen UNESCO-Kommission

unesco
Österreichische
UNESCO-Kommission

Inhalt

Einleitung 3

Inklusion, Kompetenz und Nachhaltigkeit als Themenfelder der Round Tables 2025 3

Empfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik 4

Ergebnisse der Round Tables 5

Round Table 1 - Inklusive Medienlandschaften gestalten 5

Round Table 2 - Medien- und Informationskompetenz stärken 9

Round Table 3 - Media Viability fördern 13

Teilnehmer*innen 17

Einleitung

Eine freie, vielfältige und inklusive Medienlandschaft bildet das Fundament demokratischer Gesellschaften. Sie ermöglicht Teilhabe, sichert Meinungsfreiheit und stärkt sozialen Zusammenhalt. Im Sinne ihres globalen Mandats engagiert sich die UNESCO dafür, dass Medienvielfalt, Unabhängigkeit und der Zugang zu Information weltweit gewährleistet sind – als Voraussetzung für offene Wissensgesellschaften und die Wahrung der Menschenrechte.

Die digitale Transformation, ökonomischer Druck und gesellschaftliche Polarisierung bringen zunehmend Herausforderungen für den Mediensektor mit sich. So zeigen aktuelle Analysen, wie etwa der European Media Pluralism Monitor 2024, auch für Österreich an vielen Punkten wachsende Risiken für Medienpluralismus und gesellschaftliche Inklusion. Defizite in der Repräsentation marginalisierter Gruppen, eine unzureichende Diversitätspolitik in Redaktionen sowie fehlende Strategien gegen Desinformation und Hate Speech verdeutlichen, dass strukturelle und politische Maßnahmen notwendig sind, um Medienvielfalt nachhaltig zu sichern.

Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische UNESCO-Kommission 2024 die „Plattform Medienvielfalt" ins Leben gerufen. Die Initiative zielt darauf ab, einen Beitrag zu einem strukturierten medienpolitischen Diskurs in Österreich zu leisten. Im Einklang mit den globalen Zielen der UNESCO sollen eine vielfältige, pluralistische Medienlandschaft und qualitätsvoller Journalismus in Österreich gefördert werden. In sechs Round Tables wurde in den Jahren 2024 und 2025 ein breiter und multiperspektivischer Blick auf die Rolle „der Medien" und des Journalismus für die Wahrung grundlegender Menschenrechte und demokratischer Werte geworfen.
Besonders im Mittelpunkt stand dabei der freie, nichtkommerzielle bzw. gemeinnützige Sektor sowie öffentlich-rechtliche Medien. Während sich die Round Tables und der darauf basierende Ergebnisbericht 2024 mit grundlegenden Fragen von Vielfalt und Diversität, Medienfinanzierung und Journalismusförderung sowie der digitalen Transformation auseinandersetzt, beschäftigt sich der vorliegende Bericht mit weiteren zentralen Handlungsfeldern: der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Medienbranche, Medien- und Informationskompetenz sowie Media Viability.

Diese drei Dimensionen – Inklusion, Kompetenz und Nachhaltigkeit – sind untrennbar miteinander verbunden. Sie bilden gemeinsam wichtige Grundlagen für eine Medienpolitik, die Vielfalt schützt, Innovation ermöglicht und das Vertrauen in demokratische Institutionen stärkt. Demokratische Öffentlichkeiten können nur dort (weiter) bestehen, wo Zugang, Teilhabe, Kompetenz und strukturelle Stabilität zusammengedacht werden.Nur wenn im Sinne umfassender Inklusion Menschen mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen als aktive Akteurinnen medial wahrgenommen werden und Bürger*innen in der Lage sind, Informationen kritisch zu bewerten, kann Journalismus seine Funktion erfüllen. Langfristig kann qualitätsvoller Journalismus, der demokratische Diskurse trägt, nur bestehen, wenn auch die Media Viability gesichert ist.

Der vorliegende Ergebnisbericht versteht sich in diesem Sinne als Beitrag zu einer Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung des österreichischen Mediensektors. Ziel ist es, Handlungsoptionen für einen resilienten, vielfältigen und zukunftsfähigen Medienraum aufzuzeigen, der seine grundlegende demokratische Aufgabe erfüllen kann: allen Menschen Zugang zu fundiert recherchierten, verlässlichen und qualitätsvollen Informationen zu ermöglichen. Eine Medienpolitik, die Barrieren abbaut, Medien- und Informationskompetenz stärkt und nachhaltige Strukturen für unabhängigen Journalismus gewährleistet, ist dafür unerlässlich. Sie schafft die Voraussetzungen für eine Medienlandschaft, die Inklusion, Vertrauen und Teilhabe fördert und damit wesentlich zur Stärkung demokratischer Öffentlichkeiten beiträgt.

Inklusion, Kompetenz und Nachhaltigkeit als Themenfelder der Round Tables 2025

Die Sicherung einer vielfältigen, unabhängigen und zukunftsfähigen Medienlandschaft erfordert einen umfassenden Ansatz, der Inklusion, Medienkompetenz und strukturelle Nachhaltigkeit als zentrale Dimensionen demokratischer Medienpolitik begreift. Trotz rechtlicher Fortschritte bleibt die **Umsetzung von Barrierefreiheit und umfassender Inklusion** im Journalismus eine zentrale Herausforderung. Informationsangebote sind vielfach nicht für alle Menschen gleichermaßen zugänglich. Auch in redaktionellen Strukturen spiegelt sich die gesellschaftliche Diversität nur unzureichend wider. Eine inklusive Medienpraxis, die Menschen mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen aktiv in die Gestaltung journalistischer Prozesse einbindet, ist essentiell, um das Recht auf Teilhabe und freie Meinungsäußerung zu verwirklichen.
Gleichzeitig kommt der **Stärkung von Medien- und Informationskompetenz** eine Schlüsselrolle zu. Angesichts von Desinformation, algorithmischer Selektion und KI-gestützten Informationsflüssen wird deutlich, dass demokratische Gesellschaften nur dann widerstandsfähig bleiben, wenn Bürger*innen in der Lage sind, Informationen kritisch zu prüfen, mediale Mechanismen zu verstehen und eigenständig fundierte Entscheidungen zu treffen. Medienkompetenz ist damit nicht nur eine individuelle Fähigkeit, sondern eine demokratiepolitische Ressource, die Vertrauen in Qualitätsjournalismus und institutionelle Stabilität fördert.
Darüber hinaus wird die langfristige Überlebensfähigkeit des Journalismus – die sogenannte **Media Viability** – zunehmend zu einem zentralen Faktor für die Sicherung von Medienfreiheit und Pluralismus. Ökonomische Herausforderungen, technologische Abhängigkeiten und politische Einflussnahmen untergraben global die Unabhängigkeit journalistischer Arbeit und gefährden die strukturelle Vielfalt des Mediensystems. Der anhaltende Abfluss von Werbeerlösen an globale Plattformen und deren wachsende Gatekeeper-Funktion verdeutlichen auch in Österreich die Dringlichkeit nachhaltiger Förder- und Regulierungsmechanismen, die Innovation ermöglichen, Unabhängigkeit sichern und die demokratische Resilienz des Mediensektors stärken.

Empfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik

Um diesen Herausforderungen zu begegnen und eine vielfältige, inklusive und transparente Medienlandschaft zu fördern, haben die beteiligten Expert*innen folgende Maßnahmen diskutiert und vorgeschlagen:

Förderung von Barrierefreiheit und Inklusion
- systematische Berücksichtigung von Barrierefreiheit in Redaktionen und Medienhäusern
- vollständige Umsetzung aller gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit durch Medienhäuser
- Einführung von Förderanreizen für Inklusion und Diversität sowie verpflichtende Diversitätskriterien bei der Vergabe öffentlicher Mittel
- umfassende Maßnahmen im Bereich Bewusstseinsbildung und Personalentwicklung, um Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen redaktioneller Arbeit faire Teilhabemöglichkeiten einzuräumen

Stärkung von Medien- und Informationskompetenz
- umfassende Investitionen in Bildungsprogramme zur Förderung von Medien- und Informationskompetenzen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch zur Vermittlung von KI-Kompetenzen
- nachhaltige Finanzierung für den Auf- und Ausbau von Medienkompetenzprogrammen, auch für Medienschaffende selbst
- Förderung von innovativen Ansätzen zur Informationsvermittlung, insbesondere im Bereich Digitaljournalismus

Media Viability stärken
- Entwicklung und Stärkung diversifizierter Fördermodelle und -ansätze
- Etablierung von Kooperationsmechanismen zwischen Medienhäusern, vor allem zwischen „großen Playern" und kleineren, gemeinnützigen Akteurinnen
- Weiterentwicklung von Mechanismen der Regulierung großer Online-Plattformen

Ergebnisse der Round Tables

Round Table 1

27. März 2025, Wien

Inklusive Medienlandschaften gestalten

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die demokratiepolitische Aufgabe des Journalismus, allen Menschen Zugang zu verlässlicher Information zu ermöglichen. Damit Medien- und insbesondere Nachrichtenangebote für einen möglichst großen Teil der Bevölkerung verständlich sind, müssen journalistische Inhalte in klarer und zugänglicher Sprache präsentiert sowie barrierefrei zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sind die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen sowie die Repräsentation ihrer Anliegen und Perspektiven verstärkt in den Blick zu nehmen. Der Round Table betonte die dringende Notwendigkeit, Vielfalt und Inklusion im Mediensektor konsequent zu fördern und auszubauen.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Barrierefreier Journalismus und Sprache

- Die jüngste Erhebung des Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) der OECD zeigt, dass 29% der in Österreich lebenden volljährigen Personen über eine niedrige Lesekompetenz verfügen. Das bedeutet, dass nahezu jede dritte erwachsene Person in Österreich **besser verständliche journalistische Inhalte** benötigt. Der Bedarf an Inhalten in Einfacher oder Leichter Sprache nimmt tendenziell zu. Betroffen sind auch Personen mit nicht-deutscher Erstsprache, Demenzerkrankte, ältere Menschen und weitere Gruppen. Die Verwendung verständlicher Sprache stellt insofern einen zentralen demokratiepolitischen Auftrag dar.

- Insbesondere Qualitätsmedien verwenden häufig eine komplexe Sprache, die für große Teile der Bevölkerung schwer zugänglich ist. Dies beeinträchtigt das **Recht auf Information und gesellschaftliche Teilhabe** und führt zugleich dazu, dass sich Menschen vermehrt Medienangeboten mit vereinfachter, jedoch oftmals weniger ausgewogener und verlässlicher Berichterstattung zuwenden.

- Trotz sichtbarer Fortschritte – etwa durch Initiativen wie „Nachrichten leicht verständlich“ (Kleine Zeitung, APA), „Nachrichten in Einfacher Sprache“ (ORF) oder das Magazin „andererseits“ – besteht weiterhin erhebliches Entwicklungspotenzial.

- Die Erstellung von Inhalten in Leichter oder Einfacher Sprache erfordert **spezifische Qualifikationen und Ausbildungen**. Zwar kommen zunehmend **technische Hilfsmittel** zur Anwendung, doch bleibt die Qualität barrierefreier Kommunikation maßgeblich von der Expertise qualifizierter Fachpersonen abhängig. Ebenso wesentlich ist die Einbindung der Zielgruppen selbst in Validierungsprozesse, um Verständlichkeit und Inklusion sicherzustellen.

Barrierefreie Informationsvermittlung und technologische Inklusion

- Gleichberechtigter Informationszugang ist eine Grundvoraussetzung demokratischer Teilhabe. **Fehlende Barrierefreiheit**, etwa durch unleserliche Schriftarten, geringe Kontraste oder mangelhafte Screenreader-Kompatibilität, **führt zu faktischer Exklusion**. Barrieren entstehen weniger durch technische Grenzen als durch fehlendes Wissen und Priorisierung. Bestehende Technologien wie Screenreader, QR-Codes oder synthetische Stimmen bieten bereits vielfältige Lösungen, wenn Inhalte technisch korrekt strukturiert und codiert sind.

- Informationen gelten als barrierefrei, wenn sie über **mindestens zwei unterschiedliche Sinneskanäle** wahrgenommen werden können. Multimodale Zugänge sind essentiell, um digitale Inhalte für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen nutzbar zu machen.

- Eine **gute digitale Gestaltung** bedeutet, Inhalte so aufzubereiten, dass sie von assistiver Software (z. B. Screenreadern) korrekt erkannt, interpretiert und wiedergegeben werden können. Dafür müssen Struktur, Alternativtexte und semantische Markierungen im Code oder Dokument hinterlegt werden.

- **Künstliche Intelligenz** kann Barrierefreiheit unterstützen, etwa durch automatische Untertitelung, Übersetzung oder Sprachausgabe. Gleichzeitig birgt sie Risiken: Ungeprüfte Systeme können bestehende Barrieren reproduzieren oder neue schaffen. Menschliche Kontrolle und die bewusste Integration von Kontext- und Bildbeschreibungen bleiben daher unverzichtbar.

Zugang und Barrierefreiheit in audiovisuellen Medienangeboten

- Mit den Novellen 2020 zum ORF-Gesetz und zum Audiovisuellen Mediendienste-Gesetz (AMD-G) wurde festgelegt, dass Rundfunkanbieter ab einem Jahresumsatz von 500.000 Euro den **Anteil barrierefreier Inhalte** kontinuierlich ausbauen müssen. Dazu zählen insbesondere Untertitel, Verdolmetschungen in Gebärdensprache und Audiodeskriptionen. Zu diesem Zweck ist ein öffentlich zugänglicher Aktionsplan zu erstellen. Diese gesetzlichen Anforderungen sollten künftig weiter präzisiert und ausgebaut werden, um eine umfassende Barrierefreiheit sicherzustellen.

- Das mit 28. Juni 2025 in Kraft tretende Bundesgesetz über Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen verpflichtet künftig auch Anbieter*innen audiovisueller Mediendienste zur Einhaltung verbindlicher Standards.

- Den Anbieter*innen bleibt derzeit weitgehend überlassen, in welchem Umfang sie Maßnahmen zur Barrierefreiheit umsetzen, solange eine Steigerung nachweisbar ist. Spürbare Fortschritte wurden in den vergangenen

Jahren vor allem durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erzielt. Der ORF bietet für Menschen mit Hörbehinderungen einen vergleichsweise gut ausgebauten Zugang: 2024 lag die Untertitelungsrate aller vier ORF-TV-Sender bei 55 % (2022: 46,8 %). Das Angebot für sehbehinderte Menschen bleibt hingegen begrenzt: der Anteil audiodeskribierter Sendungen betrug 2024 8,9 % (2022: 7,4 %). Im privat-kommerziellen Bereich bestehen weiterhin deutliche Defizite: So bot etwa Puls 4 im Jahr 2022 nur 0,07 % der Sendestunden mit Untertiteln oder Gebärdensprache an.

- Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** trägt eine **zentrale Verantwortung** für barrierefreie Informationsangebote. Zwar stellt der ORF entsprechende Inhalte bereit, deren Auffindbarkeit und Reichweite bleiben jedoch eingeschränkt. Um alle Publikumsgruppen zu erreichen, braucht es niedrigschwellige Zugänge, etwa durch Mausklick-Übersetzungen von Online-Inhalten in Einfache Sprache.

- Der überwiegende Teil barrierefreier Angebote entfällt auf den Unterhaltungsbereich. Im **Nachrichten- und Informationssektor** bestehen weiterhin **deutliche Lücken.**

- Technologische Entwicklungen wie automatische Untertitelung oder KI-gestützte Anwendungen können den Ausbau unterstützen, erfordern jedoch Qualitätskontrolle nach dem **“human-in-the-loop”-Prinzip.**

- Eine zusätzliche Herausforderung stellt der **Mangel an qualifizierten Gebärdensprachdolmetscher*innen** dar.

Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Behinderungen

- Medien tragen zentrale Verantwortung für **Disability Mainstreaming** – sowohl in der Darstellung von Menschen mit Behinderungen als auch durch ihre Einbindung in redaktionelle Prozesse. Menschen mit Behinderungen sind in Redaktionen weiterhin stark unterrepräsentiert; strukturelle und technische Barrieren erschweren den Zugang.

- **Inklusive Personalstrategien und barrierefreie Arbeitsumfelder** sind entscheidend, um Teilhabe zu ermöglichen.

- Trotz wachsender medialer Aufmerksamkeit bleibt die **Berichterstattung über Menschen mit Behinderungen** häufig von Mitleids- oder Held*innenerzählungen geprägt, während Alltagsthemen und vielfältige Lebensrealitäten kaum sichtbar sind.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Förderung von Barrierefreiheit und Inklusion

- **systematische Berücksichtigung von Barrierefreiheit** in Redaktionen und Medienhäusern – von Beginn an und unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen
- **vollständige Umsetzung aller gesetzlichen Vorgaben** zur Barrierefreiheit durch Medienhäuser
- Prüfung, ob Förderungen ohne Berücksichtigung der Behindertengleichstellung rechtlich zulässig sind
- Ausweitung der **Barrierefreiheitsverpflichtung** auf geförderte Mediendiensteanbieter außerhalb des §30b AMD-G
- Umsetzung und Weiterentwicklung der im Nationalen Aktionsplan Behinderung 2022–2030 vorgesehenen Maßnahmen im Bereich Medien
- Einführung von **Förderanreizen** für Inklusion und Diversität sowie verpflichtende Diversitätskriterien bei der Vergabe öffentlicher Mittel
- **Förderung behinderungsübergreifender Ansätze**, damit Medienangebote allen Personen gleichermaßen zugänglich sind

Personalentwicklung und Bewusstseinsbildung

- Menschen mit Behinderungen sollen auf allen Ebenen redaktioneller Arbeit vertreten sein. Dazu braucht es **gezielte Recruiting-Maßnahmen, Kooperationen mit Ausbildungsstätten und barrierefreie Arbeitsumfelder**. Breite Bewusstseinsbildung – etwa durch Inklusions-Botschafterinnen in Redaktionen – kann Inklusion stärken.
- Dafür wird die **Entwicklung eines praxisorientierten Leitfadens für Entscheidungsträger*innen** in Organisationen angeregt.
- Zudem können **sichtbare Role Models** einen wesentlichen Beitrag leisten.

Umgang mit Inklusion als Thema

- **Inklusion** sollte als **selbstverständlicher Bestandteil gesellschaftlicher Themen** verstanden werden. Größere Wirkung entfaltet sie, wenn sie ohne explizite Hervorhebung, aber mit Offenheit und Leichtigkeit vermittelt wird.
- Zugleich ist das Bewusstsein zu stärken, dass Inklusion und Barrierefreiheit **Grundrechte** sind. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet auch Österreich zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.
- Inklusion muss über Einzelinitiativen hinaus zum gesellschaftlichen Mainstream werden – zum Nutzen aller.

Round Table 2

24. April 2025, Wien

Medien- und Informationskompetenz stärken

Der Round Table widmete sich grundlegenden Fragen rund um den sicheren und kritischen Umgang mit Informationen und Medien. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Herausforderungen und Chancen im digitalen Informationsumfeld, die Rolle des Journalismus, die Notwendigkeit veränderter Förderstrukturen sowie die Einbindung unterschiedlicher Altersgruppen, insbesondere junger Menschen. Die Expert*innen betonten die zentrale Bedeutung von Medien- und Informationskompetenz für funktionierende Demokratien und gesellschaftliche Verständigung.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Medien- und Informationskompetenz als demokratiepolitische Notwendigkeit

- Medien- und Informationskompetenzen sind unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie, eine informierte Bürger*innenschaft („informed citizenship“) und die Wahrung der Menschenrechte. Sie befähigen Menschen, kritisch mit Informationsangeboten umzugehen und aktiv an gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen.
- Besonders im digitalen Zeitalter ist die Fähigkeit zum reflektierten Umgang mit Informationen und Medieninhalten entscheidend, um **Desinformation, Hassrede und Vertrauensverlust** gegenüber journalistischen Medien entgegenzuwirken und die Auswirkungen neuer Technologien, wie etwa Künstlicher Intelligenz, zu verstehen und einordnen zu können.

Unzureichende Medien- und Informationskompetenz

- Obwohl die fundamentale Bedeutung von Medien- und Informationskompetenzen regelmäßig Gegenstand von gesellschaftlichen und politischen Diskussionen ist, sind diese weiterhin bei vielen Menschen **unzureichend ausgeprägt**. Davon betroffen sind auch Personen, die sich professionell im Medienumfeld bewegen (z. B. Journalist*innen und anderen Medienschaffende) und/oder deren Mediennutzung und Medienkonsum besonders intensiv ist (z. B. junge Menschen mit starker aktiver Nutzung von Sozialen Medien und/oder Online-Plattformen)
- Die geringe Ausprägung von Medien- und Informationskompetenzen ist in einem Informationsumfeld, das zunehmend von **polarisierenden, manipulativen und mitunter demokratiegefährdenden Inhalten** durchsetzt ist, hoch problematisch. Dies gilt insbesondere in Zusammenhang mit einer Verlagerung des Konsums von Nachrichten und Informationsangeboten weg von traditionellen Medienkanälen hin zu Online-Plattformen. Hier wird deutlich, dass für viele Menschen die Unterscheidung zwischen journalistischen und nicht-journalistischen Angeboten bzw. Inhalten zur Herausforderung wird.

- Während viele Medienkonsument*innen nicht in der Lage sind, zwischen journalistischen und nicht-journalistischen Inhalten zu differenzieren und sich mit dem Informationsangebot kritisch auseinanderzusetzen, ist auch ein **Vertrauensverlust in traditionelle Medien** zu beobachten, der potenziell die Hinwendung von Menschen zu „alternativen" Medienangeboten bzw. Akteurinnen, die sich von etablierten Medien distanzieren, verstärkt.

Rolle des Journalismus und der Redaktionen

- Medien fungieren als **Knotenpunkte und Mobilisierungsakteurinnen** gesellschaftlicher Kommunikation. Sie vernetzen unterschiedliche Akteurinnen, bündeln Themen und machen sie für die Öffentlichkeit sichtbar. Zudem ordnen sie gesellschaftliche Entwicklungen und Phänomene ein, kontextualisieren diese, stoßen Debatten an und geben ihrem Publikum Orientierung.

- Qualitätsvoller Journalismus muss heute mehr denn je die **Anschlussfähigkeit** seiner Inhalte **an die Lebenswelt des Publikums** sichern. Um Desinteresse und die Abwanderung in problematische Kommunikationsräume zu vermeiden, müssen Themen verständlich, relevant und lebensnah aufbereitet werden.

- Dies gilt in besonderem Maße für **junge Zielgruppen**. Inhalte sind für ein junges Publikum insbesondere dann ansprechend, wenn diese von Personen, in denen sich das Publikum wiedererkennt, repräsentiert werden. Dem steht in Österreich ein verhältnismäßig hohes Durchschnittsalter der Redakteur*innen gegenüber (aktuell ca. 50 Jahre).

- Nicht zuletzt führt dieses hohe Durchschnittsalter in journalistischen Berufen häufig dazu, dass die **Notwendigkeit, Journalismus an gesellschaftliche und technologische Entwicklungen anzupassen, unterschätzt** wird. Neue journalistische Formen und digitale Möglichkeiten werden mitunter abgelehnt, während junge Medienschaffende sich in ihren Kompetenzen, vor allem im Umgang mit digitalen Medien, nicht ausreichend anerkannt fühlen. Dies führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen und mangelnder Integration in traditionelle Redaktionsstrukturen.

- Trotz hoher Nachfrage besteht ein **Mangel an hochwertigen journalistischen Angeboten auf Sozialen Medien**. Traditionelle Medienhäuser sind oft zu zögerlich im Experimentieren mit und der Adaption neuer digitaler Formate und Ausspielkanäle. Die Mehrheit der Medienhäusern schöpft das Potenzial der Sozialen Medien nicht aus.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Umfassende Investitionen in Bildungsprogramme für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen

Mit der Einführung des Schulfaches „Digitale Grundbildung" für die Sekundarstufe I wurde ein wichtiger Grundstein für die verbesserte Verankerung des Themas im schulischen Kontext gelegt. Ein Desiderat ist, entsprechende Angebote auch für andere Altersgruppen, beginnend im elementarpädagogischen Bereich, zu verankern sowie auch im außerschulischen Bereich verstärkt Angebote zu schaffen. Vorrangige Zielsetzungen sind dabei:

- Stärkung der Fähigkeit von Nutzer*innen, **zwischen journalistischen und nicht-journalistischen Inhalten zu unterscheiden**
- Vermittlung von **KI-Kompetenzen** und Bewusstseinsbildung für algorithmische Verzerrungen
- Förderung von **Infrastrukturkompetenz**, also dem Verständnis der technischen Grundlagen von Kommunikation und deren gesellschaftlicher Auswirkungen
- Systematische **Verknüpfung** von Medienkompetenzentwicklung **mit politischer Bildung und Demokratiebildung**

Förderung von innovativen Ansätzen in Redaktionen und im Journalismus

- Förderung von **Reverse Mentoring** und **Bottom-up-Ansätzen**: Junge Medienschaffende bringen wichtige Impulse und Expertise insbesondere im digitalen Bereich ein. Ihre Perspektiven sollten systematisch in Redaktionen integriert werden, um neue journalistische Formen zu entwickeln und innovative Arbeitsstrukturen zu etablieren.
- **Förderung von Austauschformaten** zwischen Journalist*innen mit unterschiedlichen Hintergründen, Kompetenzen und Schwerpunkten
- **Aufwertung von Social Media-Redaktionen** und Einführung eines **„Social Media first"-Ansatzes**, bei dem digitale Formate die gleiche Qualitätsprüfung erfahren wie „klassische" Produktionen
- Etablierung eines **„trojanischen Journalismus"**, der qualitätsvolle Informationen in der für soziale Medien typischen Form präsentiert und so neue Zielgruppen erreicht
- **Förderung spezialisierter, qualitativ hochwertiger digitaler Angebote**, die eine Vielfalt an Stimmen und Perspektiven sichtbar machen und zielgruppenorientiert aufbereiten, und so dem Entstehen von Informationsvakuen entgegenwirken, das derzeit zunehmend von demokratiefeindlichen Inhalten gefüllt wird.

Förderstrukturen und Finanzierung

- Schaffung gezielter **Anreize im Fördersystem** zur Entwicklung innovativer Formen des Digitaljournalismus
- direkte Förderung von Akteurinnen, die zeitgemäßen, qualitätsvollen Journalismus produzieren, einschließlich Content Creator*innen und journalistischer Start-ups
- nachhaltige Finanzierung für den Auf- und Ausbau von **Medienkompetenz-Programmen**, auch für Medienschaffende selbst

Netzwerke und Allianzen

- Entwicklung und Förderung nachhaltiger Strategien für Medienkompetenzentwicklung, insbes. durch die Etablierung eines **Media and Information Literacy Netzwerks** bzw. einer **Bundesorganisation für Medienkompetenz**
- Förderung von Kooperationen zwischen kommerziellen und nicht-kommerziellen Medien, um technologische Ressourcen gemeinsam zu nutzen und von den jeweiligen Stärken zu profitieren

Round Table 3

19. Mai 2025, Wien

Media Viability fördern

Ausgangspunkt der Diskussion war die in den letzten Jahren von der UNESCO mitentwickelte Definition von Media Viability, wie sie unter anderem im Media Viability Manifesto verankert ist. Der Begriff bezeichnet die nachhaltige Sicherung von vielfältiger, unabhängiger und qualitativ hochwertiger journalistischer Arbeit. Media Viability, Visibility und Vigilance sind dabei eng miteinander verknüpft. Sie umfassen wirtschaftliche, strukturelle und gesellschaftliche Dimensionen – von tragfähigen Finanzierungsmodellen und redaktioneller Unabhängigkeit bis zur Förderung von Meinungsvielfalt, digitaler Transformation und aktiver Publikumspartizipation. Ziel ist eine resiliente Medienlandschaft, die demokratische Teilhabe und Vertrauen in faktenbasierte Information stärkt.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie qualitätsvoller Journalismus nachhaltig abgesichert werden kann, insbesondere in Hinblick auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und Finanzierung von Medien, redaktionelle Unabhängigkeit, die thematische Vielfalt journalistischer Inhalte sowie technologische Veränderungen und die Rolle von Rezipient*innen in Zeiten schwindender Aufmerksamkeit für journalistische Inhalte.

- **Media Viability** zielt darauf ab, Medien **widerstandsfähig** gegenüber ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisen zu machen. Der Ansatz **fördert langfristig Strukturen**, **die freie, vielfältige und pluralistische Mediensysteme stärken**. Im UNESCO-Kontext umfasst er ein breites Verständnis, das über wirtschaftliche Aspekte hinaus auch gesellschaftliche, politische und normative Dimensionen der Medienentwicklung einbezieht.

- Darüber hinaus trägt **Media Viability** dazu bei, aktuellen Herausforderungen wie wirtschaftlicher Unsicherheit, Einschränkungen der Pressefreiheit, Desinformation und Vertrauensverlust in den Journalismus zu begegnen. Der Begriff schließt die **Sicherung redaktioneller Unabhängigkeit** ein – im Sinne der aktiven Zurückweisung von Einflussnahme und sogenanntem Media Capture.

- Der Mediensektor weist trotz struktureller Parallelen zu anderen Branchen **spezifische Besonderheiten** auf, insbesondere in seiner Beziehung zu Politik: Medien sind einerseits für politische Kommunikation und öffentliche Meinungsbildung von zentraler Bedeutung, andererseits beeinflussen **politische Rahmenbedingungen** maßgeblich die Funktionsfähigkeit des Mediensystems. Mit der Verabschiedung des **European Media Freedom Act** (EMFA) besteht die Hoffnung, dass Impulse für den Schutz von Medienfreiheit und -vielfalt auch auf nationaler Ebene gesetzt werden.

- Obwohl der österreichische Medienmarkt durch einen **hohen Konzentrationsgrad** gekennzeichnet ist, werden Transparenzanforderungen hinsichtlich Eigentümer*innenschaft weitgehend erfüllt.

- Die Medienbranche agiert in einem **zweiseitigen Markt**, der sowohl den Werbemarkt als auch den Rezipient*innenmarkt umfasst. Journalist*innen und Medienunternehmen bewegen sich damit in einem kontinuierlichen Spannungsfeld zwischen ökonomischen Interessen und publizistischem Auftrag. Zugleich steht der Sektor vor der Herausforderung, dass erhebliche Anteile der Werbeerlöse an globale digitale Plattformen abfließen, während die Zahlungsbereitschaft des Publikums für journalistische Inhalte nur langsam zunimmt.

- Trotz einer weiterhin spürbaren **Vertrauenskrise** zeigen aktuelle Entwicklungen eine vorsichtige **positive Tendenz**. Der Digital News Report 2025 weist einen **deutlichen Anstieg des Vertrauens** in Nachrichten aus. Auch die Bereitschaft, für digitale Nachrichtenangebote zu bezahlen, ist zuletzt merklich gestiegen.

Information als öffentliches Gut

- Im Zentrum steht die Auffassung, dass Medien und Journalismus ein **öffentliches Gut** sind. Ihre Aufgabe ist es, die Gesellschaft mit verlässlichen Informationen zu versorgen und damit eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit zu sichern.

- Diese Aufgabe wird zunehmend schwieriger: Das traditionelle, werbefinanzierte Geschäftsmodell gerät durch die **Verlagerung von Werbeerlösen** ins Digitale unter Druck. Medienhäuser kämpfen mit sinkenden Einnahmen, Ressourcenmangel und Personalabbau, während auch öffentlich-rechtliche Anstalten infolge von **Budgetkürzungen** ihre Unabhängigkeit und Qualität wahren müssen.

Zentrale Herausforderungen für „Media Viability" in Österreich

- Zentrale Herausforderungen in Österreich sind die im europäischen Vergleich **hohe Marktkonzentration und der Abfluss von Werbeeinnahmen** an globale Plattformen. Die Dominanz weniger Akteur*innen gefährdet die Funktionsfähigkeit des Mediensystems sowie die Vielfalt und Ausgewogenheit der öffentlichen Meinungsbildung.

- Zusätzlich bedrohen politische Einflussnahme und strukturelle Verflechtungen die Medienfreiheit. Als besonders kritisch gelten intransparente öffentliche **Inseratenvergaben**, die Zusammensetzung der **ORF-Gremien** und die einfachgesetzliche Regelung der ORF-Gebühr, die ohne verfassungsrechtliche Absicherung politische Eingriffe erleichtert.

Digitale Transformation und Plattformabhängigkeiten

- Die österreichische Medienlandschaft weist weiterhin eine **geringe Innovationsdynamik** auf. Große Medienhäuser agieren bei neuen Formaten, Geschäftsmodellen und Technologien zurückhaltend, was die Anpassung an veränderte Markt- und Nutzungsbedingungen erschwert.

- Gleichzeitig prägen digitale Plattformen und der rasche **Fortschritt im Bereich Künstlicher Intelligenz** die mediale Öffentlichkeit zunehmend. Plattformen und Intermediäre bestimmen maßgeblich Sichtbarkeit und Reichweite journalistischer Inhalte und schaffen neue Abhängigkeiten.

- Globale Technologieunternehmen übernehmen dabei eine **Gatekeeper-Rolle**: Algorithmische Prozesse steuern, welche Themen Aufmerksamkeit erhalten, und beeinflussen so die Vielfalt der Berichterstattung. Dennoch sind Redaktionen auf diese Plattformen angewiesen, um insbesondere jüngere Zielgruppen zu erreichen.

- Die **Integration neuer Technologien** – etwa KI-generierte Suchresultate, Chatbots oder personalisierte Inhalte –

verändert die Informationsvermittlung grundlegend und stellt die Sichtbarkeit journalistischer Inhalte im digitalen Raum vor neue Herausforderungen.

Finanzierungsstrukturen und strukturelle Risiken für die Medienviabilität

- Die Finanzierung des Journalismus bleibt eine **zentrale Herausforderung** für die Stabilität des österreichischen Mediensystems. Viele Medien können sich zunehmend nicht mehr selbst tragen und sind stark von **externen Finanzierungsquellen** abhängig – teils bis zu 70 Prozent. Gleichzeitig profitieren private Eigentümerstrukturen von öffentlichen Mitteln, während Dividenden ausgeschüttet werden, was die strukturelle Fragilität des Marktes verdeutlicht. Der Abfluss von Werbeerlösen an globale Plattformunternehmen schwächt die wirtschaftliche Basis von Medienunternehmen zusätzlich.

- Zunehmend entstehen **parteinahe oder interessengebundene Medienangebote**, die redaktionelle Strukturen politisch instrumentalisieren und die Trennlinie zwischen Journalismus und Kommunikation verwischen.

- Hinzu kommt die Entstehung sogenannter **„Nachrichtenwüsten“** – Regionen ohne lokale Berichterstattung, wie sie bereits in Teilen Westösterreichs, Niederösterreichs und der Steiermark auftreten. Der Verlust lokaler Informationsangebote gefährdet den Zugang zu relevanten Inhalten und schwächt die demokratische Teilhabe auf regionaler Ebene.

Lösungsansätze und Empfehlungen

Regulierung digitaler Plattformen
Als besonders zentral wurde die zielgerichtete Regulierung digitaler Plattformen hervorgehoben. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die vorhandene Vielfalt journalistischer Inhalte auch künftig sichtbar und zugänglich bleibt. Vorgeschlagen wurde, die **Digital Platform Governance** zu stärken, um verbindliche Mechanismen der Rechenschaftspflicht und Transparenz zu schaffen. Plattformbetreiber sollen verpflichtet werden, die **Einhaltung klar definierter Transparenz- und Verantwortlichkeitsstandards** nachzuweisen. Zudem sollte eine Diskussion über die **faire Entgeltung von journalistischen Inhalten** durch große Plattformen in Gang kommen (u. a. etwa durch die Ausweitung/Adaptierung der Digitalsteuer inkl. Zweckbindung für journalistische Qualitätsmedien).

Kooperation und Allianzen
Kleinere und unabhängige Medien sollten verstärkt Kooperationen eingehen, um ihre strukturelle Position gegenüber großen Marktteilnehmenden zu stärken. Durch **gemeinsame Nutzung von Technologien, Ressourcen und Infrastruktur** können Synergien geschaffen und die wirtschaftliche Stabilität kleinerer Medienorganisationen erhöht werden. Zudem trägt eine verstärkte Zusammenarbeit zur Vielfalt redaktioneller Perspektiven und zur Innovationskraft im Mediensektor bei.

Neue Finanzierungsmodelle
Als ein zentraler Hebel zur Stärkung der Media Viability wurden neue, diversifizierte Finanzierungsmodelle diskutiert.

- Das in skandinavischen Ländern praktizierte Modell **mitgliederfinanzierter Medien**, bei dem das Publikum aktiv in Finanzierung und inhaltliche Mitgestaltung eingebunden ist, wurde als mögliches Vorbild genannt.
- **Stiftungsbasierte Fonds**, an denen sich etwa die ERSTE Stiftung im Rahmen eines „Blended Capital Impact Funds" beteiligt, können zur langfristigen Absicherung journalistischer Arbeit beitragen. Dabei werden Medienunternehmen nicht nur durch eine signifikante Beteiligung am Kapital finanziell unterstützt, sondern auch vor Übernahmen durch interessengeleitete Akteurinnen geschützt und mit strategischen Management- und Digitalisierungskompetenzen gestärkt.
- Der Media Forward Fund wurde als gutes Beispiel für eine **strukturierte Förderung** hervorgehoben, die in den **Aufbau nachhaltiger Geschäftsmodelle** journalistischer Start-ups investiert, anstatt ausschließlich kurzfristige Projekte zu finanzieren. Eine stärkere Orientierung öffentlicher Förderinstrumente an diesem Modell wurde angeregt.
- **Steuerliche Erleichterungen** für Medien, die dem öffentlichen Interesse dienen, wurden als ergänzende Maßnahme vorgeschlagen, um deren wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken.
- Schließlich wurde betont, dass **Bewusstseinsbildung** eine **wesentliche Voraussetzung für die Zahlungsbereitschaft des Publikums** ist. Nur wenn die gesellschaftliche Bedeutung qualitativer journalistischer Arbeit sichtbar und verstanden wird, kann sich eine Kultur der Wertschätzung und finanziellen Unterstützung für unabhängigen Journalismus entwickeln.

Qualitätsjournalismus und Publikumsorientierung
- Die Diskussionen unterstrichen die Notwendigkeit, einen nahbaren Journalismus zu fördern, der durch Transparenz, Dialogbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein gekennzeichnet ist. Journalist*innen und Redaktionen sollen aktiv den **Austausch mit ihrem Publikum** suchen, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen langfristig zu stärken.
- Zugleich wurde betont, dass eine **fundierte Qualitätsdebatte** und eine klar definierte Verständigung darüber, was unter „Qualitätsjournalismus" zu verstehen ist, unabdingbar sind. Eine solche Auseinandersetzung bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung professioneller Standards und redaktioneller Integrität.
- **Wandel in den Medienhäusern**: mehrere Beiträge hoben hervor, dass in den Medienhäusern ein stärkeres Bewusstsein für die Dringlichkeit von **Veränderungsprozessen** erforderlich ist. Innovation und struktureller Wandel sollten als zentrale Zukunftsaufgaben verstanden werden. Dies setzt eine offene Haltung gegenüber neuen Geschäftsmodellen, technologischen Entwicklungen und redaktionellen Formen voraus. Darüber hinaus wurde angeregt, Erkenntnisse und Erfahrungen aus geförderten Innovationsprojekten stärker zu teilen, um den **Wissenstransfer innerhalb der Branche** zu fördern.

Teilnehmer*innen

Stefan **Apfl** (Hashtag Jetzt)
Martin **Bauer** (Bundesministerium für Bildung)
Maren **Beaufort** (Österreichische Akademie der Wissenschaften)
Susanne **Buchner-Sabathy** (Expertin für digitale Barrierefreiheit)
Sophie **Ernest** (RTR GmbH)
Johanna **Franek** (RTR GmbH)
Julia **Haas** (OSZE)
Elisalex **Henckel-Donnersmarck** (Journalistin)
Katharina **Hahn** (Mediengruppe Wiener Zeitung)
Luca **Kielhauser** (Journalist & Moderator)
Maribel **Königer** (ERSTE Stiftung)
Lisa **Kreutzer** (andererseits)
Martin **Ladstätter** (Österreichischer Behindertenrat)
Charlotte **Lohmann** (Amadeu Antonio Stiftung)
Artin **Madjidi** (andererseits)
Jakob **Mohl** (Youth Representative der Österreichischen UNESCO-Kommission)
Fritz **Moser** (Filmschaffender)
Gunther **Müller** (FJUM)
Helmut **Peissl** (COMMIT – Community Medien Institut)
Maria **Pernegger** (MediaAffairs)
Helga **Schwarzwald** (Verband Freier Rundfunk Österreich)
Josef **Seethaler** (Österreichische Akademie der Wissenschaften)
Iris **Strasser** (saferinternet.at)
Konrad **Swietek** (Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz)
Antonia **Titze** (DerStandard)
Ernst **Tradinik** (Coach, Experte für Inklusive Medienarbeit)
Josef **Trappel** (Universität Salzburg)
Eva **Weissenberge**r (Journalistin und Medienmanagerin)
Robert **Ziegler** (ORF)
Matthias **Zoje**r (Presseclub Concordia)
Katharina **Zwins** (Agence France-Presse)

Impulsvorträge von:
Stefan **Apfl**, Maren **Beaufort**, Susanne **Buchner-Sabathy**,
Maribel **Königer**, Lisa **Kreutzer**, Artin **Madjidi**, Josef **Trappel**

Die jeweils 2,5-stündigen Diskussionen fanden unter der Chatham House Rules statt.
Wir danken allen Input-Geber*innen und Teilnehmer*innen für die engagierte Beteiligung an den Round Tables!

Plattform
Medienvielfalt
Round Tables 2025

Herausgeberin
Österreichische UNESCO-Kommission
Georg-Coch-Platz 2
1010 Wien

unesco
Österreichische
UNESCO-Kommission

www.unesco.at

Redaktion Julia Herrnböck & Claudia Isep
Grafikdesign Valerie Medicus
Lektorat Magdalena Holzapfel
November 2025

Wir danken dem Bundeskanzleramt der Republik Österreich für die finanzielle Unterstützung des Projekts.

Bundeskanzleramt